

## Die Finanzierung der Kirchen aus ostdeutscher Sicht

In der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gibt es gegenwärtig eine breite Palette von Vorstellungen, wie kirchliche Arbeit auch in Zukunft finanziert werden kann. Dabei fällt auf, dass die verschiedenen Finanzierungsmodelle jeweils abhängig sind von dem, was man unter Kirche versteht (verschiedene Ekklesiologien).

Sehen die einen Kirche als die entschiedene Bekenntnisgemeinde (Bekenntniskirche statt Beliebighkeitskirche), die so gut wie keine Randsiedler kennt, so sprechen diese auf Grund ihrer eigenen Glaubenserfahrung die Gewissheit aus: »Jedenfalls lassen sich bei einer Gemeinde, in der eine Mehrheit Gott wieder die erste Stelle einräumt vor allen Eigeninteressen, sehr einfache Modelle für die Bewältigung der Finanzkrise denken: Einerseits könnten die Gemeindeglieder nach alter biblischer Sicht den Zehnten geben, andererseits könnten die Prediger sich mit einem Grundgehalt in Höhe der Sozialhilfesätze begnügen, weil es doch nach dem Neuen Testament nicht um Entlohnung, sondern nur um Existenzsicherung für die Boten des Evangeliums gehen kann.«<sup>1</sup> Dieses Votum ist eine Stimme aus Ostdeutschland.

Andere aber betrachten die Kirche als einen Anbieter auf dem religiösen Markt, der nach unternehmerischen Richtlinien seine Arbeit gestalten und finanzieren muss. So sprechen sie bewusst vom »Unternehmen Kirche«, in dem sich Leistung und Gegenleistung rechnen muss. Deshalb sei es wichtig, dass die Kirche eine effiziente und flexible Unternehmensstruktur hat und ihre Mitarbeiter vor allem in Management und Organisationsentwicklung (für den Non-Profit-Bereich) ausbildet. Denn so sagt es ein Unternehmensberater: »Dass jetzt soviel übers Geld geredet wird, ist auch auf die Unfähigkeit der Kirche zurückzuführen. Das »fund raising« der Kirche wird unprofessionell und unsystematisch betrieben.«<sup>2</sup>

So ist es auch kein Zufall, dass der Kongress »Unternehmen Kirche«, der vom Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt initiiert wurde und 1999 erstmalig in den neuen Bundesländern (Dresden) stattfand, sich ein Logo gesucht hat, das der Wirtschaftskurve eines Unternehmens exakt nachgebildet ist. Nicht mehr die Kirche im Lebenskontext (= Kirche im Dorf) steht zur Diskussion, sondern ihr Unternehmensprofil.

1 Friedrich Jacob, Keine Angst vor neuen Wegen – Welche Kirche wollen wir eigentlich?, in: ZdZ 2 (1999) H. 12, 22–24, hier: 23f.

2 Peter Barrenstein, Die Kirche steht sich in vielem selbst im Weg, in: Die Kirche zu Markte tragen? (Publik-Forum Dossier), Oberursel 1997, 9f.

Da fragt man sich als »Neu-Bundesbürger«, der aus Ostdeutschland kommt: Wie steht es denn um die Aktienwerte Jesu Christi, und hat der Xetra-Dax schon auf die Rationalisierungsmaßnahmen (Sparmaßnahmen) des Unternehmens Kirche reagiert?

Diese etwas kritisch gestellte Frage macht darauf aufmerksam, dass Kirche immer im Kontext ihres gesellschaftlichen Umfeldes gesehen wird. Während man in der DDR als Ortsbeschreibung den Begriff »Kirche im Sozialismus«<sup>3</sup> benutzte, wird Kirche in der gegenwärtig rein marktorientierten Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik schon als »Kirche im Kapitalismus«<sup>4</sup> beschrieben. In beiden Gesellschaftsordnungen spielte bzw. spielt das Geld eine unterschiedliche Rolle, so dass in einem ersten Abschnitt aus dem Erfahrungshorizont der DDR-Kirchen das Thema »Kirche und ihr Geld« betrachtet werden soll.

# 1 Die Kirche und ihr Geld im ostdeutschen Erfahrungshorizont vor und nach der politischen Wende

Im Jahre 1990 waren die ostdeutschen Landeskirchen Kirchen im gesellschaftlichen Umbruch. Sie rangen als Minderheitskirche um ihr volkswirtschaftliches Proprium und fragten unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nach ihrer Existenzsicherung. Damals rückte auf einmal die Frage des Geldes in den Mittelpunkt, hinter der die Fragen der Theologie zweitrangig wurden.

Charakteristisch dafür ist die Aussage eines hochstehenden ostdeutschen Kirchenmannes, der damals in einem theologischen Streitgespräch mir sagte: »Wichtig ist jetzt nicht die Frage der Theologie, sondern die Frage: Was rechnet sich?« Um dieser Kehrtwendung kirchlichen Denkens und Handelns Einhalt zu gebieten, entstand der Artikel »Die Frage des Geldes als Schlüsselproblem der Wirtschaftsethik für die Theologie«<sup>5</sup>.

Dieses Beispiel zeigt, dass zu DDR-Zeiten die Frage des Geldes bei den ostdeutschen Kirchen und der Bevölkerung nicht im Zentrum stand. Dies lag auch daran, dass die DDR-Währung nicht frei konvertierbar war und nur als Binnenwährung fungierte, die als Tauschäquivalent die innerstaatliche Planwirtschaft des Mangels regelte. Diese äußerliche Abgrenztheit der ostdeutschen Bevölkerung durch Mauerbau und Binnenwährung »schloss sie zwar« – wie Peter Bender schrieb – »von jeglichem Fortschritt der Welt aus, aber bewahrte sie vor der Belanglosigkeit

3 Vgl. *Richard Schröder*, Was kann »Kirche im Sozialismus« sinnvoll heißen?, in: *KiS* 14 (1988) 135–137; vgl. *Johannes Rau*, Kirche in der DDR – was war denn das?, in: *LM* 33 (1994) 176–180; *Rudi-Karl Pahnke*, Kirche in der DDR – Kirche im Sozialismus?, in: ebd., 173–176.

4 Vgl. *Sabine Plonz*, Kirche im Kapitalismus, in: *ZdZ* 2 (1999) H. 8, 12–14.

5 *Christoph Körner*, Die Frage des Geldes als Schlüsselproblem der Wirtschaftsethik für die Theologie, in: *LM* 45 (1991) 109–116.

der Konsum-Gesellschaft. Sie zwang sie, mit Ost-Produkten Vorlieb zu nehmen, aber schützte sie vor Verlockungen einer Wirtschaft, die ihre Dynamik damit gewinnt, Bedürfnisse zu erzeugen. Die Mauer versperrte die Fluchtwege aus der Diktatur, aber sie hielt auch die windigen Geschäftemacher fern, die gleich nach Grenzöffnung über die DDR herfielen ... Sie (die Ostdeutschen) waren einem Zwang ausgesetzt, aber nicht einer Verführung.«<sup>6</sup>

Freilich verführte zunehmend die Zweitwährung D-Mark, die nicht für jeden zu haben war, zu Kompromissen im Denken und Handeln. Sowohl die Intershop-Läden der DDR, in denen man nur mit D-Mark einkaufen konnte, als auch alle Genex- und Limexgeschäfte, mit denen man Automobile und Immobilien durch Westspender finanzieren lassen konnte, spaltete die Bevölkerung in solche, die D-Mark hatten, und jene, die nicht an sie herankamen. Die Kirchen und ihre Mitarbeiter waren bei aller Beschneidung ihrer Verhältnisse doch privilegiert, weil sie durch die großzügige finanzielle Unterstützung ihrer Schwesterkirchen in Westdeutschland finanzielle Hilfen bekamen, ohne die sie meist doch nicht existieren konnten. Dabei sah es von Landeskirche zu Landeskirche anders aus. Während die sächsische Landeskirche als einzige ostdeutsche Landeskirche dafür sorgte, dass der normale Haushaltsplan von Westmitteln frei blieb, konnten andere Landeskirchen dies nicht verwirklichen. In Sachsen wurden Westmittel vor allem für Dinge verwendet, die gegen ostdeutsche Währung nicht zu haben waren wie Dienstwagen, Baumaterialien und Baulizenzen, wenn für diese die ostdeutsche Wirtschaft Bauleistungen gegen Devisen erbringen konnte. Freilich war auch die sächsische Landeskirche die einzige, die eine eigene Pensionskasse hatte, in die zu gleichen Teilen jeder Pfarrer und die Landeskirche monatlich einzahlten. So war es auch nicht verwunderlich, dass sich die sächsische als einzige ostdeutsche Landeskirche lange dagegen gewehrt hat, dass die Pfarrer für ihre Altersversorgung mit Westgeld in die Staatliche Versicherung der DDR eingekauft wurden, damit sie im Alter eine staatlich gezahlte und gesicherte Rente erhielten. Die anderen Kirchen fürchteten, Pensionen eines Tages aus ihrem Haushalt (in dem Westmittel immer mit enthalten waren) nicht mehr bestreiten zu können.

Wie zwiespältig Westmittel ostdeutsche Landeskirchen in ihren Entscheidungen machten, geht aus zwei Beispielen hervor.

So versuchte auch die Berlin-Brandenburgische Kirche (Ost) nach dem Motto zu gehen, Kirche kann sich nur das leisten, was die Gemeinden leisten, und beschloss deshalb in ihrer Synode ein Finanzstruktur-Modell, das zur Erprobung freigegeben wurde. Es beinhaltete, dass ausprobiert werden sollte, wie weit man ohne Westmittel existieren konnte, falls der »Tag X« eintreten würde, an dem westliche und staatliche Unterstützung wegfallen würde. Der Leidensdruck der Kirche war aber noch nicht so stark, dass man die Erprobung wagte. Denn die Westmittel flossen weiter, und der

6 Peter Bender, *Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?*, Frankfurt a.M. 1992, 139f.

DDR-Staat sicherte die »Transfermittel« weiterhin zu. Deshalb konnte Günter Kuhn feststellen: »So fühlte sich kein Kreiskirchenrat gezwungen, die Modellerprobung zu beschließen.«<sup>7</sup>

Das andere Beispiel geht auf das Jahr 1980 zurück. Damals schrieben die DDR-Teilnehmer der Weltmissionskonferenz von Melbourne einen offenen Brief an die Christen in der DDR mit der Aufforderung, zugunsten der viel ärmeren Zwei-Drittel-Welt in einem langfristigen Programm auf Westmittel zu verzichten. Dafür wurden sie von den Kirchenleitungen und der Leitung der Diakonie in der DDR fast einmütig gescholten, weil man auf die Westmittel unter keinen Umständen verzichten konnte.

Diese Beispiele zeigen, wie auch die Ostkirchen zu DDR-Zeiten finanziell von den Westkirchen abhängig waren. Freilich war damals diese finanzielle Abhängigkeit wesentlich geringer, als sie heute nach der Wiedervereinigung ist. Dies geht schon aus einem Vergleich der Haushaltspläne vor und nach der politischen Wende hervor. Wies z.B. der Haushaltsplan der sächsischen Landeskirche für das Jahr 1984 22,9 Millionen DDR-Mark ohne Westmittel aus, so betrug er 1999 genau 268,79 Millionen D-Mark, wobei neben 95 Millionen D-Mark Landeskirchensteuer 100,6 Millionen D-Mark Finanzausgleich der EKD enthalten waren.<sup>8</sup> Und für das Jahr 2000 sind immerhin noch 300 Millionen D-Mark für die östlichen Landeskirchen als Finanzausgleich von den westlichen Kirchen genehmigt worden.<sup>9</sup>

Dies alles lässt deutlich werden, wie aktuell und notwendig die Sparmaßnahmen der östlichen Landeskirchen sind, die längst die Schmerzgrenzen der Betroffenen (Abwicklung von kirchlichem Personal) erreicht hat. Dennoch erscheint die Solidarität im Einsparen zwischen Ost- und Westkirchen noch nicht zu bestehen. So konstatiert Dietrich Mendt auf Grund seiner persönlichen Erfahrung, dass »Verzicht« noch immer in den westdeutschen Landeskirchen weniger gehört wird als in den östlichen, weil man im Westen noch immer auf großem Niveau spart. Wörtlich sagt er: »Ich habe auf Grund von Diskussionen nach Vorträgen, die ich in den letzten Jahren gehalten habe, gelernt, dass der wesentliche Unterschied zwischen Ost und West in Deutschland nicht in verschiedenen politischen Meinungen oder gar Weltanschauungen liegt, sondern in dem unterschiedlichen Lebensstil, an den man sich gewöhnt hat. So gehen Westdeutsche ganz anders mit Zahlen um als Ostdeutsche. Tausend Mark im Westen sind weit gewöhnlicher und weniger als tausend Mark im Osten ... Am deutlichsten ist mir das geworden bei der Debatte in westdeutschen Gliedkirchen um die Pfarrgehälter. Hilfe für den Osten, ja, unbedingt – aber keineswegs verbunden mit Einbußen im eigenen Einkommen! Leider ist gerade das sofort nach der Wende unser Ost-Lebensstil geworden. Und viel Kritik aus dem Osten am Westen heute hat seinen Grund in der großen Enttäuschung, dass aus diesem Lebensstil nichts geworden ist.«<sup>10</sup>

7 Günter Kuhn, Denkbehindert, in: ZdZ 2 (1999) H. 10, 30.

8 Vgl. Amtsblatt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens Nr. 1–2/1999, A 4.

9 Vgl. Der Sonntag, Wochenzeitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens Nr. 5/2000, 1.

10 Dietrich Mendt, Verzicht als Überlebensnotwendigkeit, in: LM 49 (1995) 15–18, hier: 16.

So befremdet es einen kirchlichen Mitarbeiter im Osten, der für die gleiche Arbeit fast 20% weniger verdient als sein Westkollege, wenn er erfahren muss, wie großzügig man auch im Westen Geld verschleudern kann. So hat z.B. im Jahre 1997 die EKD mit ihrem Kirchen-Werbe-Flop »Brücken bauen« von Fernsehpfarrer Fliege 261 793,15 DM in den Sand gesetzt, weil man nicht genau diesen Werbevorgang kritisch begleitet und alle Werbeexemplare eingestampft werden mussten. Von diesem Geld hätten etwa 15 kirchliche Mitarbeiter in den östlichen Landeskirchen ein Jahr lang finanziert werden können. Doch scheint für die EKD diese Fehlinvestition nur ein Kavaliersdelikt gewesen zu sein.<sup>11</sup> Ebenso hat schon die damalige Leiterin der Evangelischen Akademie von Berlin-Brandenburg, Elisabeth Adler, noch 1995 sehr energisch gefragt: »Ist normal, was wir jetzt erleben, dass wegen Geldmangels Stellen gestrichen werden, aber die üppige Ausstattung von kirchlichen Büros in keinem Verhältnis steht zu dem, was ›Kirche für andere‹ braucht? Ist die Vorstellung von Kirche als einer Dienstleistungsorganisation im Gewimmel der pluralen Angebote, mit denen sie konkurrieren zu müssen meint, normal? Ist der Kauf einer 48 Millionen-Immobilie in bester Lage erforderlich für Zeugnis und Dienst der Kirche in einer sozialen, marktwirtschaftlichen, demokratischen Gesellschaft? Eines Tages wird die Integrität der Kirche, die lauthals ihre ›Option für die Armen‹ verkündet, aber selbst anders lebt, angezweifelt werden. Das geschieht heute schon (trotz aller guten Werke, die sie tut).«<sup>12</sup> Da diese Mahnrufe fast ungehört bei der Institution Kirche verhallen, ist zu schließen, dass die Finanzierung der Kirche durch das herkömmlich staatlich eingezogene Kirchensteuersystem noch immer sehr rentabel zu sein scheint und keine Alternative für die Zukunft zulässt. Doch die zu erwartenden Steuerausfälle bei der in Aussicht gestellten Steuerreform lassen zumindest nach praktizierten Modellversuchen Ausschau halten.

## 2 Finanzierung durch Kirchensteuer oder Finanzierung durch Kultursteuer

Obwohl es die beiden großen Kirchen nicht wahrhaben wollen, ist die Kirchensteuer in die Krise gekommen. Verschiedene Ursachen sind dafür verantwortlich. Zum einen erfährt die staatlich eingezogene Kirchensteuer in der Bevölkerung eine immer geringere Akzeptanz. So belegen repräsentative Meinungsumfragen in der Bundesrepublik, dass die Quote derer sank, »die sich für die Beibehaltung der Kirchensteuer aussprechen, von 33 Prozent im Jahre 1992 auf 28 Prozent im Jahre 1993. 64

11 Vgl. zu dieser Sachthematik: Beate Bahnert, Sind wir Gott die Wende schuldig geblieben? – Kirche und Geld, in: Junge Kirche 58 (1988) 694–700.

12 Elisabeth Adler, Kirche in der DDR-Nische, in: Junge Kirche, Beiheft Juni 1995 Spielräume-Freiräume, 35.

Prozent der Protestanten plädierten für eine Kirchenfinanzierung auf freiwilliger Basis. In der Altersgruppe der Menschen unter 30 steigt diese Quote auf 82 Prozent.«<sup>13</sup>

Zum anderen muss festgestellt werden, dass analog zum sinkenden Aufkommen an Lohn- und Einkommensteuer sich zwangsläufig auch das Kirchensteueraufkommen reduziert. Zugleich fallen die über 4 Millionen Arbeitslosen und die wachsende Zahl der Sozialhilfeempfänger und die in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen Arbeitenden als Kirchensteuerzahler aus. So ist das Kirchensteueraufkommen in den letzten Jahren um 11 Prozent gesunken. Gleichzeitig prognostiziert der Vorsitzende des Finanzbeirates der EKD, Beatus Fischer, durch das bevorstehende Steuerentlastungsgesetz der Bundesregierung »im Jahre 2002 nochmals zwölf Prozent weniger Kirchensteuer einzunehmen.«<sup>14</sup> Zugleich wäre zu fragen, ob das herkömmliche Steuersystem (Berechnung nach Nettoeinkommen) sich nicht in Zukunft von selbst auflösen wird, wenn der Staat – wie zu erwarten ist – die Bemessungsgrundlage für die Kirche in der Weise entzieht, dass an die Stelle von direkten Einkommenssteuerarten indirekte, beispielsweise Verbrauchersteuern (erhöhte Mehrwertsteuer) erhoben würden. Dies lässt schon heute nach Alternativen Ausschau halten.

In Deutschland hat darum schon vor Jahren der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) eine grundlegende Kirchensteuerreform vorgeschlagen. Er will dies in einer konzertierten Aktion mit allen dem Gemeinwohl verpflichteten Institutionen tun. So möchte er an der Stelle der Kirchensteuer eine allgemeine »Kultur- und Sozialsteuer« erheben. Diese Steuer soll proportional von *jedem* Lohn- und Einkommenssteuerzahlenden erhoben werden und nach der jeweiligen Entscheidung des Steuerpflichtigen einer für diesen Selbstzweck anerkannten kirchlichen oder gesellschaftlichen Institution zugute kommen, die in besonderer Weise ihre kulturelle und soziale Verantwortung für das Gemeinwohl wahrnimmt. Damit soll erreicht werden, dass mit solch einer Art Kultur- und Sozialsteuer ein wichtiger Schritt zur Re-Solidarisierung einer auf Ent-Solidarisierung ausgerichteten Entwicklung in Staat und Gesellschaft getan wird. Gleichzeitig wäre dies ein Beitrag für das Bemühen um mehr Steuergerechtigkeit, denn mit dieser neuen Steuerart würden nicht nur Mitglieder religiöser Gemeinschaften einseitig belastet, sondern alle Steuerzahlenden. Niemand würde dann mehr wegen der Kirchensteuerabgabe aus der Kirche austreten.

Gegner dieser Steuerreform behaupten, dass man mit der Kultur- und Sozialsteuer vom Staat nicht frei wäre, sondern als Kirche vom Staat dadurch alimentiert würde. Man sagt, damit hätten wir wieder die »Verhältnisse des letzten Jahrhunderts ... Der Staat würde letzten Endes bestimmen, was den Kirchen frommt und was nicht.«<sup>15</sup>

13 Zitiert nach »Von Italien, Spanien oder Island lernen? – Initiative für eine Kultur- und Sozialsteuer; in: TRANSPARENT: Zeitschrift für die kritische Masse in der Rheinischen Kirche 11 (1998) Nr. 49, 8f, hier: 8.

14 Gespräch mit Beatus Fischer über die künftige Finanzierung der Kirchen, in: ZdZ 2 (1999) H. 9, 14–16, hier: 14.

15 Ebd., 15.

Ob diese Befürchtung stimmt, könnte das Beispiel Italien zeigen, wo schon 1989 gegen die gleichen Widerstände eine solche Kultur- und Sozialsteuer eingeführt wurde. In Italien erhebt der Staat 0,8 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer als Kultursteuer. Die Steuerpflichtigen können aber anonym ankreuzen, ob ihr Obolus einer bestimmten Religionsgemeinschaft oder einer bestimmten kulturellen oder sozialen Einrichtung zugute kommen soll. So lassen z.B. viele italienische Katholiken ihr Geld der evangelischen Waldenserkirche zukommen, die wegen ihres sozialen Engagements in der Gesellschaft ein hohes Ansehen genießt. Auch die Lutheraner Italiens, die nur 7000 Gemeindeglieder haben, bekommen von rund 35 000 Steuerpflichtigen ihren Zuschlag, so angesehen ist ihre Arbeit im Land. Und selbst die römisch-katholischen Finanzverwalter, die anfangs skeptisch gegen diese Steuerreform waren und sich nur dem Willen des polnischen Papstes fügten (»Wenn weniger Geld fließt, kommen wir alle dem Evangelium einen Schritt näher«), haben ihre Bedenken heute aufgegeben. Sie sind im Gegenteil mit dieser Art Kirchenfinanzierung mehr als zufrieden, weil sie erleben mussten, dass auch bei ihnen die Ernte reicher ausfiel als erwartet. Fast eine Milliarde Mark stehen jährlich der katholischen Kirche in Italien zur Verfügung. Dagegen genießt der Staat wenig Vertrauen bei den Bürgern und erntet dafür auch relativ wenig Kultursteuer. Katholische Würdenträger behaupten heute sogar: »Weil es keine finanzielle Abhängigkeit mehr gibt, kann sich leichter ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Kirche und Staat entwickeln.«<sup>16</sup>

So zeigt sich auch die Glaubwürdigkeit der Kirche an der Art und Weise ihrer Finanzierung. Deshalb hielten die ostdeutschen Kirchen auch nach der politischen Wende und trotz des staatlichen Kirchensteuereinzuges bewusst an der »Kirchgeldabgabe« fest, die von den Ortsgemeinden als freiwillige »Ortskirchensteuer« eingezogen wird. Die östlichen Landeskirchen haben damit durchweg gute Erfahrungen gemacht. Einige westdeutsche Landeskirchen haben deshalb in den letzten Jahren ebenfalls das Kirchgeld eingeführt. Wie weit diese freiwillige Kirchgeldfinanzierung von westdeutschen Gemeindegliedern positiv aufgenommen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin wird man aus ostdeutscher Sicht nicht in das negative Pauschalurteil des Direktors der Christoffel-Blinden-Mission, Herbert Hassold, einstimmen können, der sagte: Die Versuche der rheinischen und westfälischen Landeskirche, ein »Kirchgeld« einzuführen, seien als hilfloser Reflex anzusehen, sich um Methoden des Spendenmarketings zu bemühen.<sup>17</sup> Hier übersieht Hassold, dass es sich beim »Kirchgeld« nicht um eine Art Spendenmarketing sondern um eine freiwillige Solidaritätsabgabe des einzelnen Gemeindegliedes für seine Ortsgemeinde handelt, denn das Kirchgeld bleibt in der Kirchengemeinde.

Dennoch wird eine Finanzierung der Kirchen in Zukunft nicht allein durch eine Kirchen- bzw. Kultursteuer mit dem gekoppelten Kirchgeld ausreichen. Als dritte Säule benötigt man dazu ein gehöriges zusätzliches Spendenaufkommen. Die Frage ist nur, wie man dies in einer Gesellschaft des totalen Marktes erreicht. Die amerikanische »Mittelbeschaf-

16 Horst Schlitter, *Supplemento di congrua*; in: ebd., 16f, hier.: 16.

17 Vgl. Frank Weyen: Geld sammeln – Freunde werben, in: *Die Kirche* – Berlin-Brandenburgisches Sonntagsblatt 18/2000 (30. April 2000), 10.

fung«, die heute in aller Munde ist, heißt »Fundraising«. Ob sie aber auch der Sache des Evangeliums in jedem Fall gerecht wird, muss am konkreten Beispiel entschieden werden.

### 3 Spendenbeschaffung durch »Fundraising«

Viele gemeinnützige Organisationen setzen heute auf Spendenmarketing, bei dem das Geld im Vordergrund steht, aggressive Bettelbriefe geschrieben werden, um große Summen hereinzuspielen. Dabei geht es oft nach dem Motto »Der Zweck heiligt die Mittel«, so dass auch potentiell »schmutziges« Geld genommen wird und Methoden angewandt werden, die hart an der Grenze zum unlauteren Wettbewerb liegen. Von solchen Praktiken haben sich Kirchen und Gemeinden zu distanzieren. Allerdings hat damit auch echtes Fundraising nichts zu tun. Denn dieses will weder Spendeneinsammeln noch »knallhartes Verkaufen« schnellstmöglich erreichen, sondern konzentriert freundschaftliche Beziehungen zwischen dem Spender und der gemeinnützigen Organisation aufbauen. Somit kultiviert Fundraising das Interesse des Spenders an der Organisation, bietet Freundschaft und Wegbegleitung durch echte Fundraiser, die für die Organisation arbeiten und professionell ausgebildet sind. Fundraising basiert auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen, entwickelt Ziele und Vorstellungen über die Zukunft und agiert stets glaubwürdig und transparent für die Spender. Die Amerikaner nennen als Voraussetzung für eine Spenderbindung glaubwürdiges Engagement. Es muss von der Organisation als Vorleistung erbracht und dem Spender durch gute Beziehungsarbeit vermittelt werden. Dafür aber sind Kirchen von ihrem Selbstverständnis eigentlich wie geschaffen. Weil ihnen an ihrer Arbeit am Nächsten liegt, werden sie den potentiellen Spender nicht als eine Art »Milchkuh« betrachten, sondern als einen Mitarbeiter für die gemeinsame Sache. Deshalb werden Kirchen vor allem persönliche Spenderbeziehungen aufbauen und nicht mit unseriösen Massenbriefsendungen manipulativ in die Privatsphäre von potentiellen Spendern eindringen wollen. Dazu allerdings ist Ausbildung notwendig. Deshalb hat das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, der Deutsche Spenderrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft für Social Marketing eine Stiftung gegründet, die Träger einer Fundraising-Akademie ist, die ihre Arbeit im März 2000 in Frankfurt am Main aufgenommen hat.<sup>18</sup>

Diese ausgebildeten Fundraiser an dieser Akademie sollen Ansprechpartner und Ratgeber für die potentiellen Spender werden und Visionen z.B. von kirchlicher Arbeit vermitteln können. Denn wer eine Spenderbindung aufbauen will, muss authentisch von seinen Visionen berichten und von den Werten, denen er sich verpflichtet fühlt. Ziel ist es ja, Menschen zu finden, die mit ihm diese Ziele und Visionen teilen. Insofern ist echtes Fundraising für die Kirche auch echte Missionsarbeit. Freilich – so

18 Ebd., 10.

sagen Kritiker – fehlen derartige Visionen in der evangelischen Kirche noch.<sup>19</sup> Schließlich sollte man auch an die alttestamentliche Weisheit denken, die besagt: »Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde« (Spr. 29,18). Somit müssten die Kirchen lernen, dass die Attraktivität von Projekten auf Visionen, Werten, Hoffnungen und Träumen beruht, die Spender damit verbinden können. Deshalb sind klare Signale der Offenheit und vertrauensbildende Maßnahmen von Seiten der Organisation notwendig. So muss sich Kirche bei ihrer Fundraising-Arbeit an »ethischen« NGOs wie »Brot für die Welt« orientieren. Diese lehnen z.B. Geld von Organisationen ab, die gegen die Ziele ihrer Arbeit verstoßen. So nimmt »Brot für die Welt« kein Geld von *Daimler Chrysler*. Warum, erklärt ihr Pressesprecher Klaus Rieth: »Die Ziele müssen in Einklang mit den Methoden stehen. Wir werden unglaublich, wenn wir z.B. einerseits Aufklärungskampagnen über Landminen starten und gleichzeitig Geld von dem Autokonzern nehmen, der mittelbar an der Produktion von Landminen beteiligt ist.«<sup>20</sup>

Wer solche für alle durchschaubare Fundraising-Arbeit leistet, kann auf gute Resonanz stoßen; denn spendenfreudig sind die Deutschen. So schreibt der Diakonie-Report: »Die Deutschen sind Europameister im Spendeneinsammeln, vergangenes Jahr schätzungsweise zwölf Milliarden Mark. Mehr spenden nur die Amerikaner.«<sup>21</sup>

Hier aber kann Kirche auch von Außenstehenden mit Spenden rechnen, wenn sie ihre vielfältigen sozialen Projekte auch für die Öffentlichkeit glaubwürdig und engagiert präsentiert, so dass auch Kirchenfremde sagen können: Hier wird gute Arbeit geleistet, die unterstützungswürdig ist. Damit könnte die Kirche zugleich durch gute Fundraising-Arbeit ihr derzeit angeschlagenes Image wesentlich verbessern.

#### 4 Finanzierung von kirchlicher Arbeit – ein Nachdenkungsprozess über »gerechtes Geld«

Dass alle innovativen Geldbeschaffungsmethoden zur Finanzierung kirchlicher Arbeit dennoch nicht den letzten Stein der Weisheit bedeuten, haben ostdeutsche Christen in ihrem gesellschaftlichen Transformationsprozess der letzten zehn Jahre wohl klarer erkannt als ihre westdeutschen Glaubensgeschwister. Sensibilisiert durch Diktaturerfahrung, fühlten sie sich nach der politischen Wende nicht befreit von Diktatur, sondern nur umgesetzt in eine andere Diktatur. Aus der Diktatur einer Einheitspartei, die vorschrieb, was richtig war, wechselte man in eine Diktatur des Geldes, die alle Lebensbereiche in ihren Bann zog und somit auch den kirchlichen Bereich eindeutig bestimmte. So formulierte ein ostdeutsches Gemeindeglied nach einem Bericht der Wochenzeitung »DIE KIRCHE« seine Erfahrung vor und nach der Wende in dem lapida-

19 Ebd.

20 Gabriele Mittag, Auf dem Weg zum nächsten Kulturkampf?, In: Publik-Forum Nr. 9/2000, 33.

21 Diakonie-Report, Das Magazin der Diakonie 6/1999, 5.

ren Satz: »Die Diktatur des Geldes ist schlimmer als die Diktatur des Proletariates.« So anfechtbar diese Redeweise ohne nähere Erläuterung ist, so hellsichtig ist sie zugleich. Sie vergleicht den ökonomischen Totalitarismus des Kapitalismus (Mammonismus) mit dem politisch-ideologischen des Staatssozialismus. Konnte man sich dem letzteren durch innere Emigration noch entziehen und in die Freiräume der Kirche flüchten, so ist dies bei dem ersteren kaum möglich, weil die Kirche durch diesen selbst in Mitleidenschaft gezogen ist und man ohne Geld in keinem Bereich unserer Gesellschaft mehr leben kann. Durch das Geld sind die Herrschaftsverhältnisse perfekt verschleiert und funktionalisiert, so dass man auch kein direktes Feindbild vor Augen hat. So scheint die »Diktatur des Geldes« naturgegeben zu sein; denn sie hat ideologische Zwänge nicht nötig, weil sie über viel wirksamere verfügt. Es sind Zwänge, die als Sachzwänge beschrieben werden, aber Systemzwänge sind. So erleben wir in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung des totalen Marktes, dass weltweit die Macht des Geldes regiert, weil Kapital nicht mehr die Bedürftigen bedient, sondern die Bedürftigen das Kapital. Die provozierende Spruchweisheit »Geld regiert die Welt« lässt aber nicht nur uns Christen fragen, ob dann nicht alle Staatsformen einschließlich der Demokratie fragwürdig und gefährdet sind, weil sie durch die Macht des Geldes letztendlich bestimmt werden.<sup>22</sup> Damit aber scheint das Geld kein neutrales Tausch- und Verrechnungsmittel nur zu sein, sondern auch ein Schatzmittel, das zu immer mehr Ungerechtigkeit in allen Lebensbereichen führt und schließlich die Lebensgrundlagen selbst zerstört.

Dass viele ostdeutsche Bundesbürger diese schmerzliche Lernerfahrung gemacht haben, beschreibt der Hallenser Pfarrer Helmut Becker in eindrücklicher Weise: »Mehr und mehr Menschen begreifen heute, dass mit der Wende nichts wirklich Neues begonnen hat und die Lösung der vor uns stehenden Probleme nach wie vor aussteht, dass die Gesellschaft und das Prinzip, nach dem wir leben, immer noch in die Krise geraten. Die Menschen aus der ehemaligen DDR sind, bildlich gesprochen, lediglich vom sinkenden Fischerkahn auf die sinkende ›Titanic‹ umgestiegen – das ist in meinen Augen die Situation, der wir hier und global gegenüberstehen.«<sup>23</sup>

Grundlage einer Geldreform wäre die Erkenntnis, dass Geld nur als *Tauschmittel und Wertmesser* fungieren dürfte und von seiner Funktion als Schatzmittel (Wertaufbewahrungsmittel) befreit werden müsste. Denn Geld ist nichts anderes als ein effektives Transportmittel, das dem Handel unterschiedliche Waren zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu transportieren ermöglicht.

22 Vgl. das aufschlussreiche Sachbuch von Christian Nürnberger, *Die Machtwirtschaft. Ist die Demokratie noch zu retten?*, München 1999.

23 Helmut Becker, *Der döMaK-Tauschring in Halle*, in: Veronika Bennholdt-Thomsen, Brigitte Holzer u. Christa Müller (Hg.), *Das Subsistenzhandbuch – Widerstandskulturen in Europa, Asien und Lateinamerika*, Wien 1999, 85.

Insofern ist Geld mit Güterwaggons der Eisenbahn zu vergleichen, die Waren von einem Ort zum anderen transportieren. Dieser Vergleich hilft uns auch zum Maßstab eines gerechten bzw. neutralen Geldes ohne Zins und Inflation.

So würde niemand demjenigen, der einen Waggon benutzt, eine Prämie (Zins) zahlen, damit er ihn entlädt, um ihn zurück in den Umlauf zu bringen. Sondern der Nutzer muss im Gegenteil eine Gebühr an die Eisenbahngesellschaft (Staat als öffentliche Einrichtung) bezahlen, »Standgeld« genannt, wenn er den Waggon nicht rechtzeitig wieder in den Güterumlauf bringt. Nichts anderes müssten wir auch mit dem Geld tun, um den Hauptbestandteil des Zinses und seine negativen Folgen abzuschaffen. Das heißt konkret, statt Zinsen müsste eine Nutzungs- und Umlaufgebühr erhoben werden, die verhindert, dass Geld um des eigenen Gewinns willen zurückgehalten wird.

Der Verfassungsjurist Dieter Suhr, der auch in der Moderne das Modell des »Neutralen Geldes« entwickelt hat, hat eingehend aufgezeigt, dass unser gegenwärtiges Geldsystem grundlegenden Prinzipien unserer Verfassung widerspricht, insbesondere den Freiheitsrechten, dem Gleichheitssatz, dem Eigentumsrecht, dem sozialen Rechtsstaat und dem Ziel gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.<sup>24</sup> Vorläufig ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich dieser Meinung etwa das Bundesverfassungsgericht anschließt, da der Grundgesetzgeber unser Geldsystem vorgefunden und nicht problematisiert hat.

Deshalb sind dezentrale Modelle, die von unten her wachsen können, zu bevorzugen. Zinslose oder niedrige Geldanlagen direkt oder über Banken und Sparkassen, die solche zugunsten nützlicher Projekte anbieten, Leihgemeinschaften und Tauschringe sind hierfür geeignete Schritte. Weiterführend, weil mit eigener Ausdehnungsdynamik und durch geschlossenen Geldkreislauf, wäre das Modell des *Neutralen Geldes* von Dieter Suhr, wonach eine einzelne Bank zusammen mit einer Kommune, einigen Betrieben und Einzelpersonen morgen beginnen könnte, eine neue Kontoart anzubieten, bei der für Guthaben Liquiditätskosten berechnet und dafür nahezu zinslose Kredite ermöglicht werden.

Um dieses Modell gesellschaftlich zu verwirklichen, müsste zuvor in den Köpfen der Menschen ein Umdenkungsprozess geschehen. Die Kirche könnte von ihrem Auftrag her am ehesten diesen in Gang setzen. Dazu aber wäre es notwendig, dass die Frage des Geldes als radikales Schlüsselproblem heute von der Theologie erkannt wird.<sup>25</sup> Ohne eine grundlegende Veränderung der Geldordnung sind alle anderen Bemühungen um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vergeblich. Überzeugungsarbeit und schmerzbringendes Umdenken tun not. Doch Christen sollten wissen, dass Gottes Güte es ist, die Umkehr ermöglicht (Röm

24 Dieter Suhr, *Gleiche Freiheit. Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft*, Augsburg 1988.

25 Begrüßenswert ist die Arbeit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen, die ihren 3. Studienbrief dem Geldthema gewidmet hat und gute Aufklärungsarbeit damit leistet; die 36-seitige Broschüre, hg. von Wolfgang Nicht u.a., heißt: *Von der Macht des Geldes*, Leipzig 1998.

2,4). Zur Umkehr aufrufen ist eine ethische Investition, die sofort durchführbar ist. Das gilt auch für ein gutes Konzept eines gerechteren Geldsystems, ohne das die Welt nicht mehr überlebensfähig ist.

Dr. theol. *Christoph Körner* ist evangelischer Pfarrer in Mittweida.

### Abstract

Structural changes in East Germany during the last ten years have shown that financing of the church in Germany has to be thought through again. Experience gained in East Germany and giving some valuable impulses is shown in the first part of the article. Different financing schemes in Europe (church tax, local church tax, culture tax, fundraising) are explained next. In my opinion fundraising in church should be used for special purposes only. It is not to be seen as an instant recipe for success. Because all financing schemes show the problems of present monetary system, thinking about neutral »just« money could be an alternative to the current monetary system.